



Einigkeit
Recht
Freiheit

Die Mitte

steht unter Druck

Union in der Zange – Seite 4 bis 8

Till Amelung: „Das ist einfach nur noch drüber“

Im Gespräch über
Irrwege queerer Politik,
linke Identitätspolitik
und Bürgerlichkeit

Seite 9-11

CDU-Vorsitz: Und wer kommt jetzt?

Die vier Bewerber
Röttgen, Spahn, Merz
und Laschet im kurzen
LSU-Check

Seite 12-13

LSU unterwegs: Von der Stärke ländlicher Räume

Die LSU traf Gitta
Connemann: „Das Land
bietet die Chance der
Sichtbarkeit.“

Seite 14



Moin!

Die Zeit ist aus den Fugen“, lässt William Shakespeare seinen tragischen Helden im gleichnamigen Stück ausrufen. Vieles – auf unterschiedlichen Ebenen – ist aktuell dazu angehtan, in den Ruf des dänischen Prinzen einzustimmen.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands – nach eigenem Selbstverständnis letzte verbliebene Volkspartei – ringt mit sich und hadert augenscheinlich mit den neuen Zeiten, die so gar nichts mehr mit der vermeintlich guten alten Zeit Kohl'scher Prägung gemein haben. Wie soll man sich aufstellen? Wie reagiert man auf den scheinbar unaufhaltbaren Siegeszug der Grünen? Was sind die unveräußerlichen Grundüberzeugungen, die die roten Linien nach links und rechts markieren? Eine Lagebeschreibung bieten wir auf Seite 4 und werfen auf der folgenden Seite auch gleich die Frage auf, was die Situation der Mutterpartei mit der LSU zu tun hat. Eine der drei Säulen, auf denen die Christdemokratie ruht und die bei der Beantwortung einiger der gerade aufgeworfenen Fragen eine Rolle spielen könnten, ist der Konservatismus. Inzwischen einmal mehr zum Kampfbegriff mutiert, der in der heute üblichen, verkürzenden aber social-media-tauglichen Art gerne mit Illiberalität, Reaktionis-

mus, im schlimmsten Fall Rechts- extremismus gleichgesetzt wird, kann er seine ihm durchaus auch innewohnende gestalterische Komponente kaum noch deutlich machen. Wir wollen das einmal probieren und wagen auf den Seiten 6 bis 8 eine Annäherung.

Zurück zu Hamlet. Der fährt nach dem obigen Postulat übrigens fort: „Schmach und Gram, dass ich zur Welt sie einzurichten kam.“ Wer dieser alles einrenkende Retter für die CDU sein kann, ist die derzeit (leider) alles überlagernde Frage, der wir auf den Seiten 12 und 13 nachgehen. Am 25. April soll ein Sonderparteitag den neuen Vorsitzenden wählen. Bis jetzt stehen Norbert Röttgen, Friedrich Merz und das Team Laschet/Spahn fest. Doch vor messianischen Erwartungen sei gewarnt. Bei Hamlet liegen am Ende alle wesentlichen Protagonisten tot im Thronsaal und der Gegner – in diesem Fall der grimme Norweger – bekommt alles.

Dass auch in der sogenannten Community einiges aus den Fugen ist, zeigt unser Interview mit Till Amelung (Seiten 9 bis 11). Wer sich dem identitätspolitischen Diskurs verweigert oder ihn – auch nur eine vernünftige Diskussion mit realistischen Zielen anmahnd – kritisch hinterfragt, kann schnell als Nestbe-

schmutzer gelten; Cybermobbing inklusive. Hier offenbart sich die sehr intolerante Seite bei einigen unserer sonst stets Toleranz einfordernden Mitstreiter.

Zu guter Letzt scheint auch im Verhältnis Stadt/Land einiges ins Rutschen gekommen zu sein. Bei einem Besuch in Leer sprach der LSU-Vorstand unter anderem darüber mit der Bundestagsabgeordneten Gitta Connemann. (Seite 14)

Bleibt mir nur noch, Ihnen und Euch eine hoffentlich wieder anregende Lektüre zu wünschen. „Der Rest ist Schweigen.“



Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen



Foto: Pixabay

LSU-Jahresempfang

Am Donnerstag, 14. Mai 2020 in Berlin

Der diesjährige parlamentarische Jahresempfang des LSU-Bundesverbands soll am Donnerstag, den 14. Mai 2020 in Berlin stattfinden. Als Veranstaltungsort konnte dazu das Allianz-Forum am Paris Platz direkt neben dem Brandenburger Tor gewonnen werden. Über das Programm wird der Bundesverband beizeiten informieren und die Mitglieder sowie Freunde der Lesben und Schwulen in der Union zeitnah einladen.



Foto: Pixabay

LSU-BMV in Erfurt

Vorstandswahlen auf der Tagesordnung

Die diesjährige Bundesmitgliederversammlung der LSU soll am 7. und 8. November in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt stattfinden. In diesem Jahr wird turnusgemäß wieder ein neuer Bundesvorstand gewählt. Außerdem ist angedacht, das Grundsatzprogramm der LSU von 2012 zu überarbeiten. Über einen Fahrplan dazu sowie das Programm und die Tagesordnung der BMV wird der Bundesvorstand informieren.



Foto: LSU Bundesverband

BuVo-Klausur in Kassel

Thomas W. Schmitt neuer Pressesprecher

Ende Januar hatte sich der Bundesvorstand der Lesben und Schwulen in der Union zur Klausurtagung in Kassel getroffen. Dort besprachen die anwesenden Vorstandsmitglieder die Termine und Themen des Jahres. Natürlich wird die Status-Frage die LSU weiter beschäftigen, aber auch die Ergänzung des Artikel 3 GG wird ein großes Thema. Thomas W. Schmitt aus dem Saarland wurde in Kassel zum neuen Pressesprecher der LSU gewählt.



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Abmeldung vom Newsletter:
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Zur Lage der CDU: in der Zange

Zwischen Modernisierung und Sehnsucht nach konservativer Klarheit

Zusammenführen. Und zusammen führen. Das war der Auftrag, den die scheidende Parteivorsitzende Angela Merkel ihrer Nachfolgerin aber auch der gesamten Partei auf jenem denkwürdigen Bundesparteitag im Dezember 2018 ins Stammbuch geschrieben hat. Jetzt, etwas mehr als ein Jahr später, muss man feststellen: Es hat nicht geklappt.

Annegret Kramp-Karrenbauer ist zu dem Schluss gekommen, dass sie unsere Partei 2021 nicht in die Bundestagswahl führen sollte. Und dass sie folglich auch nicht erneut für das Amt der Parteivorsitzenden kandidieren sollte. Denn eins gilt in der Union eben doch: Wer die Partei führt, der muss sie auch in den Wahlkampf und anschließend ins Bundeskanzleramt führen.

Kramp-Karrenbauers Entscheidung verdient Respekt. Sie stellt – wie sie es immer betont und getan hat – die Partei über ihre eigene Person. Sie zieht sich auch nicht einfach zurück, sondern moderiert einen Übergang, einen durchaus schwierigen Prozess, der am Ende den besten Kandidaten an die Spitze stellen soll.

Dennoch ist auch diese Frage nun bedeutsam: Warum ist AKK gescheitert?

Es lässt sich nicht leugnen, dass sie sich gerade zu Beginn ihrer Amtszeit einige Patzer geleistet hat. Aber was sie doch tatsächlich konnte, war es, die Seele der Partei zu streicheln – eigentlich. Als Generalsekretärin hat sie mit ihrer Zuhörtour ein Format gefunden, das die CDU in die-



Annegret Kramp-Karrenbauer nach ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden

sem Moment dringend brauchte. Anders als Merkel ist AKK in der CDU aufgewachsen, ist eng mit ihr verwoben und weiß, was sie ihr verdankt und was sie ihr wiedergeben kann.

Warum aber das Ende? Was Merkel beherrscht hat wie keine andere, wollte AKK partout nicht gelingen. Merkel war eine Meisterin des Spagats. Sie konnte die Union konsequent modernisieren, aber ging dabei immer nur so weit und genau so langsam, wie die Partei – oder vor allem die Gesellschaft? – das brauchte. Dabei hat Merkel der Partei natürlich einiges zugemutet. Wiedergutmachung leistete sie letztlich immer wieder mit: Erfolg, Macht, dem Kanzleramt.

AKK hat ebenfalls versucht, eine gute Mischung aus konservativ und progressiv zu verkörpern. Doch sie scheiterte, vielleicht auch weil sich ihr Konservativ-

sein darauf beschränkte, die „Ehe für alle“ abzulehnen? Statt bei niemandem ganz anzuecken und als halbwegs „okay“ durchzukommen, fanden sie plötzlich alle doof. Sogar vorherige Unterstützer waren ob ihrer Fehlritte plötzlich ernüchert. Angriffe kamen von rechts und links und in der Mitte wollte sie niemand mehr laut verteidigen.

Vielleicht liegt das gar nicht an ihr, sondern an den Umständen, die sich gewandelt haben. Der moderierende Mitte-Merkel-Typus gehört der Vergangenheit an. Der eine Teil der Bevölkerung lechzt nach Führung á la Friedrich Merz. Der andere nach einer wollpulloverweichen Umarmung, wie sie nur Robert Habeck verkörpern kann.

Wer auch immer nun folgt, muss einlösen, was Merkel verlangt hat: Die Partei zusammenführen – und dann zusammen führen. <

Zur Lage der LSU: in der Zange

Zwischen linker Community und rechtsextremer Hetze

Zumindest waren es die leisen Stimmen und nicht die lauten, die sie zu diesem umstrittenen Schritt veranlasst haben. Das erklärte das Organisationsteam vom Kölner Lesben- und Schwulentag (KLuST e.V.) nachdem sie das Motto für den diesjährigen Christopher Street Day in Köln zurückgezogen hatten. „Einigkeit! Recht! Freiheit!“ sollte dieses Motto lauten. „Für Menschenrechte“ heißt es nun, nachdem sich viel Widerspruch und auch harter Protest geäußert hatte. „Deutschnational“ sei der Claim, schließe andere aus und löse Ängste aus, hieß es in der Kritik. Dabei hatten die Veranstalter gewollt, dass die drei Worte aus unserer Nationalhymne nicht dem rechten Rand überlassen werden.

Schwarz, rot, gold. Demokratie, Rechtsstaat, soziale Marktwirtschaft. Einigkeit, Recht, Freiheit. Es gibt so Grundsätze, die stehen für uns Christdemokraten einfach fest. Da ist es auch unerheblich, ob wir nun homo- oder heterosexuell sind. Gerade deshalb traf uns die Entscheidung des KLuST-Vorstands besonders hart. „Selbstverständlich können die Veranstalter des Kölner CSD entscheiden, wie sie wollen. Es steht mir nicht zu, diese Entscheidung abzuqualifizieren, zumal das neue Motto natürlich ebenso auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht und wohl von jedem unterschrieben werden kann“, sagt Sven Alexander van der Wardt, LSU-Landesvorsitzender. „Gleichwohl halte ich das Signal, das von dieser Entscheidung ausgeht und



**EINIGKEIT
RECHT
FREIHEIT**

Das Kölner CSD-Motto hat heftige Reaktionen rechts und links ausgelöst.

das allein wegen der Größe des ‚Cologne Pride‘ eine Wirkung über die Grenzen der Domstadt hinaus entfaltet, für mindestens unglücklich.“

Mitte muss lauter werden, wenn die Extreme schreien

Die LSU hat selbst den Dreiklang von „Einigkeit und Recht und Freiheit“ als begleitenden Slogan für ihre Kampagne gegen Hassgewalt gewählt. Für uns sind diese drei Worte so etwas wie die Kurzbeschreibung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu der sich sicherlich jede Bürgerin und jeder Bürger dieses Landes bekennen kann und sollte. Sie ist es nämlich, die die freie Entfaltung jeder einzelnen Persönlichkeit in einem Rechtsstaat, der die Menschen- beziehungsweise die Grundrechte an den Anfang seiner Verfassung und da-

mit ins Zentrum seines Handelns stellt, erst möglich macht. Allein darum geht es – und nicht um rückwärtsgewandten deutschtümelnden Patriotismus oder gar Nationalismus, den einige so gern darin erblicken wollen. Es geht nicht darum, die Schicksale jener Homosexuellen, die früher unter diesem Staat leiden mussten, zu negieren. Für uns stellt sich aber die Frage, ob hier nicht die Chance zu Versöhnung und auch zu Dialog mit konservativen LSBTI vertan wurde.

Mit Erschrecken mussten wir feststellen, dass die Debatte um das Motto von der AfD gekapert und dazu genutzt wurde, die LSBTI-Community zu spalten. Dass der KLuST-Vorstand massiv bedroht wurde, ist nicht hinnehmbar. Die Debatte zeigt, dass die Mitte lauter werden muss, wenn die Extreme anfangen zu schreien. <

Was ist konservative Politik?

Eine Annäherung vom LSU-Landeschef Alexander van der Wardt

Für mich heißt ‚konservativ sein‘ etwas anderes als Perlen zu tragen.“ Wer sich noch an die Neunzigerjahre erinnert, hat vielleicht auch noch diesen Satz aus der Erfolgsserie „Sex and the City“ im Ohr. Es ist die Entgegnung des jüdischen Anwalts Harry auf das Unverständnis der von ihm zwar geliebten aber eben protestantischen Charlotte, die irritiert darüber ist, dass er für sich in Anspruch nimmt, zwar konservativ zu sein – weswegen er nur eine Jüdin heiraten will – aber als Jude Schweinefleisch in einem Restaurant bestellt. Er sei eben konservativ und nicht koscher, sagt er.

Wir lernen – neben dem offensichtlichen Modetipp – aus dem kurzen Dialog zweierlei. Erstens: Konservativ zu sein, hat mit einer gewissen Haltung zu tun, aus der heraus man dem Leben gegenübertritt. Zweitens: Was das genau heißen kann, ist von Mensch zu Mensch sehr verschieden. DIE Definition des Konservatismus gibt es also wohl nicht.

Was ist also neben der christlich-sozialen und der liberalen diese dritte Säule auf, die sich gerade unsere Partei so gerne stützt und beruft?

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, basierend auf den Erfahrungen, die in diesen Krieg führten, gerade nicht als dezidiert konservative Partei gegründet – ja nicht einmal als Partei, sondern sehr bewusst als Union – war und ist der gemeinsame Nenner das christliche Menschenbild. Was bedeutet dies vor der Folie des Konservatismus?



Für mich heißt konservativ sein etwas anderes als Perlen zu tragen.



Der Mensch ist als Ebenbild Gottes geschaffen und daraus resultiert nach unserem Verständnis die unveräußerliche Würde eines jeden einzelnen Menschen.

Er ist zudem auf Gemeinschaft hin angelegt und kann nur in dieser zur Entfaltung kommen; er ist Homo Socialis. Seine Gottes Ebenbildlichkeit bedingt aber eben auch, dass er, mit Luther gesprochen, zur Freiheit berufen ist und in dem Wissen um Gut und Böse, das beides gleichermaßen in ihm angelegt ist, mal hierhin und mal dorthin tendieren kann. Hier liegt bereits der Keim für Grundhaltungen, die man als konservativ bezeichnen könnte. Man muss diese nicht religiös begründen, sondern kann diese ebenso aus einem humanistischen Kontext ableiten – wohl aber mit dem gleichen Ergebnis.

Aus dem Wissen darum, dass der Mensch ein Gegenüber braucht, resultieren Demut und Respekt vor dem Mitmenschen, indem jedem von uns – wieder christlich gesprochen – ebenfalls auch ein Ebenbild Gottes begegnet. (In diesen Kontext gehört dann auch der Erhalt von Sozialräumen, die für Menschen Bezugs- und Haltepunkt sein können – nennen wir das ruhig Heimat.) Aus seinem ‚Gestellt sein in die Natur‘, die ihm anvertraut ist, ergibt sich der verantwortungsvolle Umgang mit dieser Natur. (Dass die Bewahrung der Schöpfung auch im Hinblick auf eine Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen sich hierunter subsumieren lässt, ist wohl augenfällig.)

Das Wissen – und dies ist vielleicht die wesentlichste Eigenschaft des Konservativen – um die Unvollkommenheit und Irrtum anfälligkeit des Menschen führt

zu einer Skepsis gegenüber allem, was von Menschen gemacht ist. Daraus resultiert eine gesunde Zurückhaltung gegenüber allem Neuen, das den Anspruch erhebt, nur allein deshalb besser als Alt-hergebrachtes (Überkommenes) zu sein, weil es neu ist. Die Frage, ob wir alles tun müssen, was wir tun könnten – ohne dabei möglicherweise alle Folgen absehen zu können – und wem dieses Tun dann letztlich nützt, begründet auch eine Ablehnung blinder Technikgläubigkeit.

Skeptizismus führt zur Ablehnung totalitärer Ideologien

Der Skeptizismus führt letztlich auch zu einer Ablehnung totalitärer Ideologien, die letztlich alle von Menschen gemachtes Heil verkünden – in der Regel aber ohnehin nur für eine kleine, exklusive Gruppe. Es geht dem Konservativen also gewissermaßen um die Bewahrung eines Wesenskerns des Menschen. „Um die Bewahrung“, wie die Politikwissenschaftlerin Professor Barbara Zehnpfennig sagt „dessen, was immer gilt.“

Gerade Ideologen behaupten zudem absolute Wahrheiten. Absolute Wahrheiten können, nach dem oben Gesagten, in der Politik – die ja nichts Anderes als die friedliche Organisation menschlichen Zusammenlebens, die Organisation des Gemeinwesens ist – für den Konservativen keine Rolle spielen. Im Gegenteil, gerade weil wir die Wahrheitsfrage nicht beantworten können, ist Politik überhaupt erst nötig und Demokratie möglich. Es geht um Meinungen und Interessen und um den Ausgleich derselben. Und

weil für den Konservativen dieser Ausgleich vernunftgeleitet sein soll, haben wir uns auf Verfahren (Mehrheitsentscheidungen nach vorangegangener Debatte auf der Grundlage von Menschen- und Grundrechten) und Institutionen (staatliche Stellen jeder Ebene, die an das Gesetz gebunden sind) verständigt, die diesen Ausgleich herbeiführen, durchsetzen und

Als Christdemokraten sind wir also davon überzeugt, dass der Mensch zur Freiheit berufen ist.

garantieren sollen. Das ist der Grund dafür, dass wir in der Folge Achtung vor den Entscheidungsprozessen und den sie herbeiführenden und administrierenden Personen einfordern – das mag dann auch gern als konservativ gelten.

Der Staat muss die Freiheit des Einzelnen garantieren

Weil der Mensch zur Freiheit berufen ist, genießt der Schutz der Freiheit hohe Priorität. Die Freiheit des Einen findet ihre Grenze allerdings in der Freiheit des Anderen. Freiheit ist also in diesem Sinne nur um den Preis der Verantwortung zu haben; was sich logisch aus dem eingangs skizzierten Menschenbild ergibt. Für den Staat heißt dies, dass sein

Handeln grundsätzlich subsidiär und damit zurückhaltend sein muss. Die Freiheit des Einzelnen garantieren, sie zum friedlichen Ausgleich mit der Freiheit des Anderen bringen, Minderheiten schützen und Benachteiligte zur freien Gestaltung ihres Lebens befähigen, wo andere Unterstützungsmechanismen versagen, das sind seine Aufgaben.

Als Christdemokraten sind wir also davon überzeugt, dass der Mensch zur Freiheit berufen ist, die ihre Grenzen lediglich im eigenen Gewissen und der Freiheit des Anderen hat. Die individuelle Freiheit ist also ein sehr hohes Gut. Weil der Mensch jedoch auf Gemeinschaft hin angelegt ist – unserer Auffassung nach als soziales Wesen geschaffen ist – ist das Maß seines Verhältnisses zu seinen Mitmenschen die Solidarität. Daraus ergibt sich für uns, dass das Maß seiner Pflicht gegenüber der Gemeinschaft in die er gestellt ist, das Gemeinwohl ist. So kann sich Solidarität nur in der Sorge um das Gemeinwohl und in dem Vollzug des Gemeinwohls zeigen und erfüllen. Das meinen wir gemeinlich, wenn wir von der Freiheit in Verantwortung sprechen und das ist unsere konservative Wurzel.

Konkret heißt dies, dass wir für die Freiheit jedes Menschen einstehen, diese aber durch eine wehrhafte Demokratie geschützt sehen wollen. Wir lehnen die Behauptung von letzten Wahrheiten in der Politik und damit jedwede Ideologie, ob von links oder rechts, ab. Deswegen geht es uns bei der Lösung der Herausforderungen unserer Zeit auch nicht um ideologische, sondern um pragmatische Lösungen, die sich an Wünschen, Bedürfnissen

und – soweit möglich – am Tempo der Menschen orientieren. Hieran muss sich auch eine moderne Wirtschaftspolitik messen lassen. Wir wollen Werte wie Anstand und Respekt hochhalten und die Institutionen und Verfahren unserer repräsentativen Demokratie und unseres Rechtsstaates verteidigen. Die Menschen sollen befähigt werden, in größtmöglicher Unabhängigkeit vom Staat für sich selbst zu sorgen. Dabei muss sich die Leistung derjenigen, die mehr einbringen können und wollen, für diese auch lohnen.

Dies alles kann nur ein (kurzer) Abriss sein. Auf dem Fundament, dass ich versucht habe zu skizzieren, können überzeugende und moderne Antworten in allen Politikbereichen gefunden werden, wenn wir zu diesem Fundament stehen und uns nicht Bange machen oder in die Irre führen lassen. Für die Christlich Demokratische Union Deutschlands hat es in die Bundeskanzlerin in Ihrer Rede vor dem Hamburger Parteitag auf den Punkt gebacht:

„Wir Christdemokraten grenzen uns ab, aber niemals grenzen wir aus. Wir Christdemokraten streiten – und zwar nicht zu knapp. Aber niemals hetzen wir oder machen andere Menschen nieder. Wir Christdemokraten machen keine Unterschiede bei der Würde der Menschen. Wir spielen niemanden gegen den anderen aus. Wir Christdemokraten verlieren uns nicht in Selbstbeschäftigung und Selbstbespiegelung. Wir Christdemokraten dienen den Menschen unseres Landes.“ <

Was heißt das also für die Politik der Lesben und Schwulen in der Union?

ZEHN THESEN: Konservative LSBTI-Politik heißt für uns...

...in der Debatte um die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare auch religiöse Argumente gelten zu lassen und die Politiker oder Bürger, die so argumentieren, auch ernst zu nehmen und mit ihnen das Gespräch zu suchen.

...nach dem Mehrheitsbeschluss über die Öffnung der Zivilehe das Ergebnis anzuerkennen und dieses anschließend auch zu verteidigen, zum Beispiel gegen die Versuche der AfD, diesen Beschluss wieder rückgängig zu machen.

...Gender-Theorien mit Skepsis zu begegnen und diese immer dann abzulehnen, wenn sie zur Ideologie werden, weil der Konservative weiß, dass jede Theorie des Menschen und jede seiner Ideologien anfällig für Fehler sind.

...etwa bei der Reform des Transsexuellengesetzes den Menschen und das Menschliche in den Fokus zu rücken und sich bei der Suche nach dem, was das Beste für den Einzelnen sein kann, nicht von Dogmen leiten zu lassen.

...die Schwächeren vor Missbrauch durch die Stärkeren zu schützen, wenn diese vermeintlich Stärkeren etwa versuchen, den Menschen mit Therapien zu einem anderen Menschen zu machen, der besser in dessen Weltbild passt.

...das Tempo von Reformen dem Tempo der Gesellschaft anzupassen und dabei darauf zu achten, dass die Politik weder die Gesellschaft überholt, noch ihr zu stark hinterherhinkt.

...für die pluralistische Gesellschaft einzutreten und deshalb Diskriminierung jeder Art entschieden entgegenzuwirken.

...Homo- und Transsexuelle immer als Teil der Gesellschaft zu sehen und nicht als Sondergruppe abzutun.

...bei staatlicher Bildung die gesellschaftliche Pluralität und Diversität abzubilden, um so dem Entstehen von Resentiments so gut wie möglich entgegenzuwirken.

...Widersprüche und Paradoxien auszuhalten.

„Das ist einfach nur noch drüber“

Im Gespräch mit Till Amelung über die Irrwege queerer Politik

Till Amelung gehört innerhalb der LSBTI-Community zu den schärfsten Kritikern queer-feministischer Auswüchse in derselben. Demnächst erscheint sein erster Sammelband zu der Thematik: „Irrwege. Analysen aktueller queerer Politik“ im Queerverlag. Wir sprachen mit ihm über linke Identitätspolitik und fehlende bürgerliche Tugenden.

Lieber Till, der Titel deines Sammelbands lautet „Irrwege – was läuft denn schief in der queeren Community?“

Ich kann vielleicht mal mit einem Beispiel einsteigen, das nichts mit queerer Politik zu tun hat. Auf Twitter hat kürzlich ein Soziologe einen Degussa-Vorstand als Idioten bezeichnet, weil er Bafög- und Sozialhilfeempfängern das Wahlrecht entziehen wollte. So jemanden hätte ich auch Idiot genannt. Plötzlich entdecke ich darunter aber eine irrwitzige Diskussion. Die drehte sich dann darum, dass „Idiot“ ein behindertenfeindlicher Begriff sei. Ich glaube, außer denen da, die das geschrieben haben, hat bei dem Begriff niemand an Behindertenfeindlichkeit gedacht. Diskurs hier, Diskurs da – eigentlich ist das doch eine sehr bemühte Interpretation des Wortes. Aber: Alle regen sich schön auf, streiten sich und am Ende ist nichts gewonnen außer, dass man sich fragt: Was ist denn hier schiefgelaufen?

Du stellst also fest, dass es immer mehr abgehobene Diskussionen gibt, die nichts mehr mit der Realität von über 90 Prozent der Menschen zu tun haben?

Mit diesem Phänomen beschäftigt sich „Irrwege“ im Allgemeinen und mein eigener Text beschäftigt sich dabei mit Identitätspolitik. Andere Texte fragen zum Beispiel, ob Begehren als solches schon diskriminierend ist, wie es von dieser Sorte Aktivismus oft behauptet wird. Es geht schon so weit, dass manche sagen, wenn jemand einen bestimmten Menschen nicht begehrt, ist er schon „phobistisch“. Ein heterosexueller Mann, der nicht auf Männer steht, gilt dann schon als homophob. Ein schwuler Mann, der nicht auf Frauen steht, ist dann frauenfeindlich. Und wenn man keine Transleute begehrt, ist man transfeindlich. Es ist einfach drüber.



Zur Person

In zwei Büchern aus der sogenannten „Kreisch-Reihe“ vom Queerverlag hat Till Amelung bereits Aufsätze veröffentlicht. Nun folgt sein eigener Sammelband in derselben Reihe: „Irrwege. Analysen aktueller queerer Politik“. Till Amelung hat Geschichte und Geschlechterforschung in Göttingen studiert und arbeitet aktuell im Veranstaltungsmanagement der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Er bezeichnet sich selbst als bürgerlich-liberal, auch wenn er sich nicht parteipolitisch engagiert. Sein Buch befasst sich mit Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik. <

Woher kommt so eine Denkweise?

Ich sehe da eine Verbindung zu Theorien, die inzwischen stärker in der Praxis des Aktivismus Verwendung gefunden haben: die Queer-Theory, der Postkolonialismus – im Grunde ein ganzer Strauß an poststrukturalistisch basierten Theorien, in denen es vor allem um Diskursanalyse und Dekonstruktion geht.

Was sind das für Menschen, die sich darauf stützen und diese Art von queerem Aktivismus pflegen?

Ich glaube, das sind Leute, die anfangs idealistisch sind – aber dann kippen sie irgendwann in eine bestimmte Richtung um, wenn sie bestimmte Theorien entdecken. Diese eignen sie sich dann aber

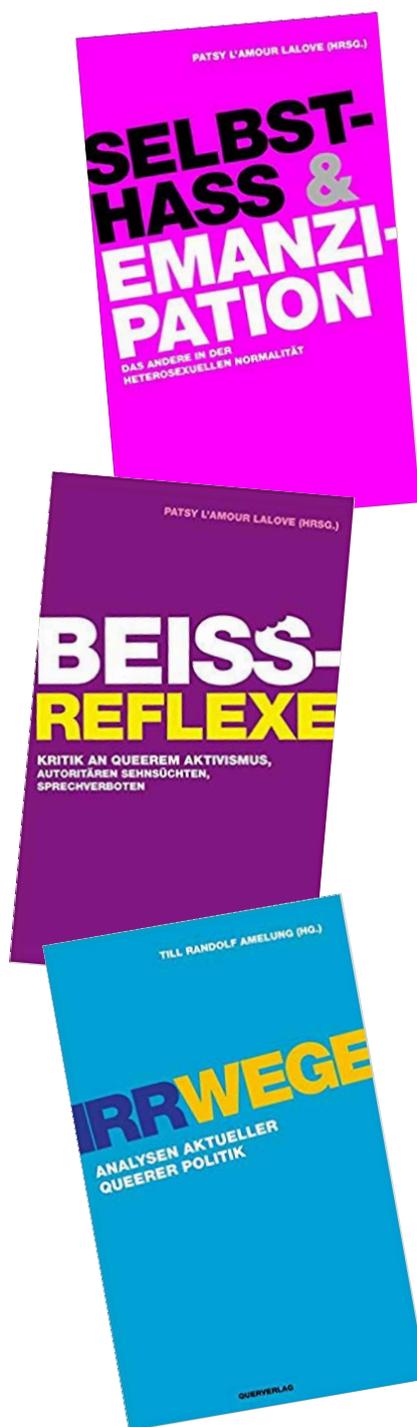
häufig nur versatzstückhaft an, übernehmen irgendwelche Denkschemata. Dann meinen sie, die hätten die Welt verstanden und könnten einfach mal loslegen. Da fehlt aber das Menschliche, das Realitätsbezogene und die Bereitschaft, sich mit anderen auseinanderzusetzen. Und zwar so auseinanderzusetzen, dass man sich beiderseits nicht die Würde nimmt und fair bleibt.

Entsteht da bei manchen auch ein Absolutheitsanspruch, wenn sie so eine Theorie entdeckt haben?

Ja, das kann man so sagen. Im Grunde haben da auch Menschen den Glauben an die Gestaltungsfähigkeit durch sachorientiertes politisches Arbeiten verloren. Es geht nur noch darum, wie jemand das vom Kuchen abbekommen kann, was ihm seiner Meinung nach zusteht. Und dann gerne auch noch mehr – und das ‚Wie‘ ist dann völlig Wurst. Dann versucht man das häufig über so eine Dichotomie „marginalisiert versus privilegiert“. Wir zwei wären dann zwei weiße, privilegierte Männer, die erstmal ordentlich einen auf den Po zu kriegen haben.

Das beschreibt ja auch Deine Kritik an der Identitätspolitik: Ich habe gewisse Merkmale, die ich nun mal einfach habe – und entweder bin ich damit auf der guten Seite oder auf der bösen?

Genau, das kehrt man dann so raus und wähnt sich dann aufgrund dessen, dass man ja so eine arme Sau ist, in der Position, dass man sich alles Mögliche erlauben darf. Die Philosophin Martha Nussbaum hat 2019 in ihrem Buch „Königreich der Angst“ herausgearbeitet, wie die Emoti-



„Für mich ist das ganze Privilegien-Gedöns von manchen Aktivist:innen genau das: Es ist purer Neid – und das wird die Welt nicht besser machen.“

on des Neids auch Demokratien zersetzen kann. Für mich ist das ganze Privilegien-Gedöns von manchen Aktivist:innen genau das: Es ist purer Neid – und das wird die Welt nicht besser machen.

Wäre das Gegenmodell zu Identitätspolitik eine klassische Gesellschaftspolitik? Also dass man zum Beispiel ein genderpolitisches Thema schon behan-

delt aber integrierend in eine Gesamtgesellschaft hinein?

Das könnte man so sagen. Aber vor allem geht es auch um eine Haltung, um das Idealmodell von Bürgerlichkeit. Dass es bestimmte Regeln einer öffentlichen Diskursbildung braucht und auch ein öffentliches Miteinander, wie es vom klassischen bürgerlichen Verständnis geprägt wurde. Ich glaube nicht, dass wir anderwei-

tig überhaupt etwas schaffen, wo man in der Lage ist, grundsätzlich in Verhandlung zu treten – und sich trotzdem nicht totzuschlagen, um es mal überspitzt zu formulieren.

Durch die Kritik, die du damit am queer-feministischen Aktivismus formulierst, positionierst Du dich eher im rechten politischen Spektrum, oder?

Ich bin nicht parteipolitisch unterwegs aber würde mich eher als konservativ, bürgerlich bezeichnen, vielleicht auch eher mit dem Touch Liberalismus. Aber leider werde ich eben aufgrund meiner Positionen direkt in die ganz rechte Ecke gestellt.

Als das Buch „Beißreflexe“ von Patsy l'Amour LaLove herauskam, gab es erheblichen Widerstand aus der queer-feministischen Bewegung, die ihr darin kritisiert hattet. Was warf man euch da vor?

Die Kritiker sagten, wir würden rechte Diskurse bedienen, allein der Tonfall sei schon schrecklich. Ob an der Kritik selber inhaltlich etwas dran ist, darüber wurde dann aber gar nicht mehr gesprochen.

Das ist ja auch eine Form von Diskursmacht, dass man die Debatte auf einen Nebenkriegsschauplatz verlagert, zum Beispiel die Form kritisiert, um sich nicht mit dem Inhalt auseinandersetzen zu müssen.

Richtig, das ist dabei auch passiert. Und es wurde damit völlig gelehnet, dass es irgendwelche Probleme gibt.

„Vor allem geht es um eine Haltung, um das Idealmodell von Bürgerlichkeit. Dass es bestimmte Regeln einer öffentlichen Diskursbildung braucht und auch ein öffentliches Miteinander, wie es vom klassischen bürgerlichen Verständnis geprägt wurde.“

Habt ihr als Autoren denn dann Unterstützung erfahren von anderen Personen oder Gruppen?

Ich habe durchaus Privatnachrichten von Leuten bekommen nachdem Vorträge von mir abge sagt werden mussten aufgrund von Shitstorms und massivem Unterdrucksetzen von denen, die mich eingeladen haben. Viele sind aber vorsichtig. Sie warten zwar darauf, dass man eine sachliche Debatte führen kann. Sie wollen aber nicht die sein, die dazu einladen, weil sie nicht die Ressourcen haben, um sich diesem massiven Widerstand da entgegenzustellen und das auszuhalten. Man kriegt da eine ganze Latte E-Mails, böseste Nachrichten in den sozialen Netzwerken, rufschädigende Vorwürfe. Auch andere Stellen werden angeschrieben, zum Beispiel der Arbeitsplatz. In linken Kreisen führt das dann dazu, dass Leute regelrecht rausgemobbt werden.

Es ist doch skurril, dass das ausgerechnet innerhalb einer Community passiert, die sonst immer auf Toleranz pocht – und sie dann selber nicht an den Tag legt.

Das noch komischere an der ganzen Geschichte ist, dass diese Leute auch auf die draufschlagen, die eigentlich zu ihren eigenen Leuten zählen müssten, aber ihre Meinung nicht teilen. Etwa der Transmann, der Aspekte im Transaktivismus kritisiert. Oder die migrantische Frau, die sich anders zu patriarchalen Strukturen äußert – beispielsweise zum Thema ‚Kopftuch‘. Dann ist es plötzlich nicht mehr gut, wenn jemand aus einer Minderheit spricht. Dann ist man ein Token, ein Verräter, eine Marionette, oder wird anderweitig als illegitim hingestellt. <

Aus der Deckung

Jetzt will auch Norbert Röttgen Vorsitzender der CDU werden

Schon 2012 schrieb das Politikmagazin Cicero in einer großen Titelgeschichte über Norbert Röttgen, dass nur drei Frauen zwischen ihm und dem Kanzleramt stünden. Zunächst Ursula von der Leyen als natürliche Nachfolgerin Merkels. Dann Angela Merkel selbst. Und schließlich noch Hannelore Kraft, die SPD-Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen. Zu jenem Zeitpunkt hatte Röttgen versucht, sich die Hausmacht in der Union zu sichern, indem er Landesvorsitzender der NRW-CDU wurde – übrigens gegen Armin Laschet. Diese Hausmacht hätte dem damaligen Bundesumweltminister nach der Bundestagswahl 2013 beste Chancen für höhere Positionen beschert – wäre da nicht Kraft gewesen. SPD und Grüne führten eine Minderheitsregierung in NRW und die Plätze ausgerechnet noch vor der Bundestagswahl. Was zur Folge hatte, dass Röttgen als Spitzenkandidat antreten musste.

Das tat er aber nur halbherzig, wollte nicht als Oppositionsführer nach Düsseldorf und scheiterte schließlich. Weil er damit auch die Bundespartei und -regierung düpiert hatte, feuerte Merkel ihren Umweltminister kurzerhand. Vielleicht auch, weil er schon zu mächtig geworden war.

Doch dieser Rückschlag hat Röttgen nicht verzagen lassen. Vom Rechtspolitiker, Wirtschaftspolitiker, Umweltpolitiker wurde er schließlich zum Außenpolitiker. Mit Fleiß und guter Arbeit hat er sich wieder hochgearbeitet und wurde zum Vorsitzenden



des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags gewählt. Keine schlechten Bedingungen für einen späteren Kanzler.

Wie hält er es mit unseren Themen?

Doch nun zu der Frage, die sich in einer LSU-Publikation immer wieder aufdrängt: Wie hält er es mit unseren Themen? Da können wir ihm kein allzu gutes Zeugnis ausstellen. Zwar gehörte Röttgen schon zur Pizza-Connection, jenem Zirkel junger Politiker, die bereits in Bonn die Chancen von Schwarz-Grün ausloteten. Und auch beim Verbot der Vergewaltigung in der Ehe nahm er eine progressivere Position ein als etwa Friedrich Merz. Der Stiefkindadoption für Homosexuelle stellte sich der Rechtspolitiker 2004 allerdings entgegen. Er sah darin einen Verstoß gegen den Anspruch eines jeden Kindes auf Vater und

Mutter. Und auch der Öffnung der Zivilehe konnte er 2017 nicht zustimmen. „Ich habe gegen den Gesetzentwurf gestimmt, weil nach meiner Überzeugung die Ehe zwischen Frau und Mann in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung mit keiner anderen Verantwortungsgemeinschaft vergleichbar ist. Darum stellt das Grundgesetz die Ehe zwischen Frau und Mann unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Ich bedaure sehr, dass über dieses bedeutsame Thema durch das gemeinsame Agieren von SPD, Linken und Grünen in einem unwürdigen parlamentarischen Hauruck-Verfahren entschieden worden ist“, erklärte Röttgen 2017.

Doch das sind Themen der Vergangenheit. Wie Röttgen sich heute positioniert, können wir nicht sagen. Der LSU-Bundesverband hat allerdings angekündigt, allen Bewerbern einen Fragekatalog zuzusenden zu wollen. <

Und wer kommt jetzt?

Spahn, Merz und Laschet im kurzen LSU-Check

Jens Spahn – einer von uns

LSU-Chef Alexander Vogt konnte sich schon Ende 2018 Jens Spahn sehr gut als neuen Vorsitzenden der CDU vorstellen. „Außer Frage steht für uns, dass der Partei – nach einer Frau – selbstverständlich auch ein homosexueller Vorsitzender gut zu Gesicht stehen würde“, erklärte er damals gegenüber dem Mannschaft-Magazin. Und in der Tat: Was aus unserer Sicht für Jens Spahn spricht, ist in jedem

Fall, dass er einer von uns ist. Das ist allerdings noch kein Wert an sich. Doch ergibt sich daraus eine Offenheit für unsere Interessen und ein Verständnis für unsere Themen, die andere eher vermissen lassen.

Spahn war, selbst mit einem Mann verheiratet, aus persönlicher Betroffenheit ein Streiter für die Öffnung der Zivilehe. Als Gesundheitsminister setzte er im Handstreich Themen der LSBTI-Community um, wie das Verbot der Konversionstherapien oder PrEP als Kassenleistung. Und auch für eine offizielle Anerkennung der LSU als achte Bundesvereinigung der Union sprach er sich aus. Jetzt tritt er an Armin Laschets Seite für den Vize-Posten des CDU-Vorstands an.

Friedrich Merz – der Klassiker

Als Friedrich Merz im Herbst 2018 wieder die politische Bühne betrat, musste man zunächst weit zurückblicken, um seine politischen Positionen erahnen zu können. Da gab es die Geschichte einer Rede vor Parteifreunden rund um die Jahrtausendwende, bei der er sagte, er habe ja nichts gegen die eingetragene Lebenspartnerschaft, solange er da nicht mitmachen müsse. Heute tritt er für die offene und

freie Gesellschaft ein. Damit kann ja auch der konservative Schwule etwas anfangen. Nur was den Status der LSU angeht, sollten wir nicht auf Merz setzen. Was AKK im vergangenen Jahr als Argument für die LSU anführte, die „soziologische Gruppe“, war für Merz ein Argument gegen die Anerkennung der LSU – denn in seinen Augen ist die LSU eben keine solche Gruppe. Aber das entscheidet ja nicht Merz allein.

Oder doch Armin Laschet?

Während Merz und Spahn bereits 2018 im Rennen um den Parteivorsitz ganz offen mitmischten, verharrte Armin Laschet damals noch abwartend. Als NRW-Ministerpräsident und dortiger CDU-Landeschef befindet er sich in einer komfortablen Situation – darf aber auch nicht signalisieren, keine weiteren Ambitionen zu haben, wenn er nicht als lahme Ente gelten will. Zudem ist Laschet ja stellvertretender Parteichef, also ohnehin Teil des inneren Führungskreises. Was aber bedeutet Laschet nun für uns? 2017 sagte er zur Diskussion über die „Ehe für alle“: „Meine Position ist, dass Diskriminierung bekämpft werden muss und Ehe nach dem Verständnis des Bundesverfassungsgerichts und nach meinem Verständnis eine Beziehung zwischen Mann und Frau ist.“ Im Bundesrat enthielt sich Laschet deshalb bei der Abstimmung zur Öffnung der Zivilehe für homosexuelle Paare. Dass er kein Problem mit Homosexuellen hat, und sie in der Partei sogar einbindet, zeigt sich unter anderem daran, dass in NRW die LSU bereits seit ein paar Jahren als offizielles Netzwerk der Partei geführt wird.



Fotos: Tobias Koch; Steffen Boettcher; Laurance Chaperon

Von der Stärke ländlicher Räume

Niedersachsen-LSU im Gespräch mit Gitta Connemann MdB

Was die CDU-Bundestagsabgeordnete Gitta Connemann zurzeit umtreibt, ist das zunehmende Auseinanderdriften von Stadt und Land. Das Land werde zum romantischen Sehnsuchtsort: Windenergieanlagen ja, Diesel nein. Das es aber in vielen Fällen keine Alternative zum PKW mangels ÖPNV geben würde, sei wenig bekannt. Deutschland brauche Stadt und Land. Es dürfe keine Konkurrenzdebatten geben.



Der LSU-Landesvorstand sowie zwei Vertreter der regionalen Community trafen Anfang Februar Gitta Connemann in ihrem Wahlkreis in Leer.

„Das Land bietet die Chance der Sichtbarkeit“

Sind unsere LSBTI-Themen auch ein Spaltpilz in Leer? Klare Antwort: Nein. Zwar könnten die meisten, auch Sie, mit „LSBTI“ oder irgendwelchen Sternchen als Begriff nicht viel anfangen. Aber in der gelebten Praxis. In Leer zum Beispiel ist es nichts Besonderes, dass sich wöchentlich in einem von der Kirche finanzierten Café eine Lesben- und Schwulengruppe trifft. An den Scheiben des Lokals prangen gut sichtbar die Regenbogenfahnen. Und alle zwei Wochen trifft sich auch eine Trans-Gruppe, ganz normal.

„Das Land bietet die Chance der Sichtbarkeit“, sagte Gitta Connemann. Ein treffsicherer Satz, der ein ganzes Soziologiebuch auf den Kopf stellen kann. Während die Großstadt vermeintlichen Schutz in der Anonymität bietet, kann man sich in ländlichen Regionen nicht so einfach zurückziehen. Auch gibt es

nicht so viele Subkulturen oder Parallelgesellschaften, keine Blasen oder ausdifferenzierte Milieustrukturen. Wer hier lesbisch, schwul oder transsexuell ist – und vor Ort bleibt – muss sich immer wieder mit der Mehrheitsgesellschaft arrangieren. Und umgekehrt muss das die Gesellschaft eben auch tun. Dadurch entsteht nicht die kalte Form der Toleranz, die man aus der Großstadt kennt – nach dem Motto: Mir doch egal, was mein Nachbar tut. Es entsteht im besten Falle eine warmherzige Integration – und eine besondere Art der Normalität.

Dass das gut funktioniert, konnten auch Kim Ole Andersen vom Landesnetzwerk Queere Jugend Niedersachsen und Michael Buschhardt vom RegenbogenCafé Leer berichten. Kim Ole kommt aus dem Emsland und arbeitet dort daran, dass LSBTI-sensible Jugendarbeit auch in den bereits bestehenden kommunalen An-

geboten ankommt. Michael aus Leer organisiert das schon zitierte RegenbogenCafé. <



Zur Person

Gitta Connemann vertritt seit 2002 Ostfriesland und das Emsland im Deutschen Bundestag. Als Stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist sie für Ernährung, Landwirtschaft, Kultur und Medien zuständig. 2017 gehörte sie zu den 75 Unionsabgeordneten, die für die Öffnung der Zivilehe gestimmt haben. <